

Claus Leggewie

# Zukunft im Süden

Wie die Mittelmeerunion  
Europa wiederbeleben kann



1 100 200 300 400 km  
© Klöner-Kartographie, Berlin 2012



Claus Leggewie

# Zukunft im Süden

Wie die Mittelmeerunion  
Europa wiederbeleben kann

*edition*  Körber-STIFTUNG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© edition Körber-Stiftung, Hamburg 2012

Umschlag: Groothuis, Lohfert, Consorten | [glcons.de](http://glcons.de)

Coverfoto: Colourbox

Illustration: studio animanova/Christoph J Kellner

Karte: Dr. Hans-Joachim Kämmer | [kartographie-kaemmer.de](http://kartographie-kaemmer.de)

Herstellung: Das Herstellungsbüro, Hamburg |

[buch-herstellungsbuero.de](http://buch-herstellungsbuero.de)

ISBN 978-3-89684-431-6

Alle Rechte vorbehalten

[www.edition-koerber-stiftung.de](http://www.edition-koerber-stiftung.de)

*Für Dany Cohn-Bendit, den europäischen Freund*



# Inhalt

<b>Unser Meer?</b>	
Die Zukunft im Süden	9
<b>I. Europäische Peripherie</b>	
PIGS und andere Unruhestifter	23
<b>II. Große Vergangenheit</b>	
Auf den Spuren der Méditerranée	49
<b>III. Petit Tour</b>	
Eine Städtereise nach Utopia	80
<b>IV. Phönix aus der Asche?</b>	
Für eine neue Mittelmeerunion	142
<b>V. Blaue und grüne Wunder</b>	
Neue Energien für Europa	166
<b>VI. Fazit</b>	
Europa in besserer Verfassung	198
<b>Go South!</b>	
Eine Utopie der Gabe	219
Die Euro-Méditerranée in Zahlen	232
Literatur zum Nach- und Weiterlesen	242
Der Autor	271





## Unser Meer?

### Die Zukunft im Süden\*

*»Wenn wir von menschlicher Vervollkommenung träumen,  
vom Stolz und Glück der Humanität,  
dann wendet sich unser Blick dem Mittelmeer zu.«*  
GEORGES DUBY (1987)

Noch ist Europa nicht verloren. Krisen gehören schließlich zur Geschichte der europäischen Einigung und waren auf eine bestimmte Weise sogar der Motor der Integration und Anstoß für jede weitere Stufe der Vergemeinschaftung. Eine Lebensversicherung ist das offensichtlich nicht, selbst der Einsturz des ganzen europäischen Hauses ist möglich. Und das hieße im Extremfall: eine Rückkehr von Unsicherheit, Gewalt und Massenarmut nicht nur an den Rändern, sondern auch in Kerneuropa, dessen Verheißung doch stets die Übertragung immerwährender Stabilität und garantierten Wohlstands auf

---

\* In diesem Essay wird auf einen wissenschaftlichen Anmerkungsapparat verzichtet. Interessierte Leserinnen und Leser finden ab Seite 242 (bio-)bibliografische Hinweise zur vertieften und weiterführenden Lektüre.

den gesamten Kontinent war. Die Versuchung nationaler Alleingänge nach dem Motto »Rette sich, wer kann« ist groß, überall propagieren Rechtspopulisten im Bunde mit der Boulevardpresse die Selbstzerlegung der Union und bringen sich als parlamentarische Blockadeopposition in Stellung.

Denkbar sind aber auch ganz andere Entwicklungen, ein besser und umfassender »Vereintes Europa« nämlich, wie es das deutsche Grundgesetz schon immer im Blick hat. Die Krise des Südens, die auch eine Midlife-Krise der gesamten EU ist, wäre dann Ausgangspunkt einer grundlegenden Reform, die Erweiterung *und* Vertiefung der Union in einem neuen, euro-mediterranen Regionenverbund betreibt. Ausgerechnet Griechenland et alii sollen das bewirken? Die *Méditerranée* war und ist für viele Menschen nicht nur ein beliebtes Reiseziel und in gewisser Hinsicht eine angenommene Lebensform, sondern eine Quelle intellektueller und wissenschaftlicher Inspiration. Es mag wie eine Trotzreaktion wirken, wenn ich, kontrafaktisch und antizyklisch, die »Zukunft im Süden« erblicke.

Aber genau das ist mein *realutopischer* Gegenentwurf zur vorherrschenden Fatalität des Scheiterns und zur frivolen Beschwörung des Zerbrechens, die Europa seit Jahren lähmen und entkräften. In Sachen Europa wird entschieden zu viel Vergangenheit bewältigt, zu wenig nach vorn gedacht. Jüngere können schwer nachvollziehen, wenn Angehörige der Kriegs- und Nachkriegsgeneration als Ursprungsmantra der Europäischen Union immer wieder die Katastrophe Europas im Zweiten Weltkrieg und seine Wiedergeburt als Friedensprojekt beschwören. Nachgeborene sehen das nüchter-

ner: Interrail und Erasmus haben sie in den letzten Winkel Europas gebracht, von Frankfurt nach Marseille zum Beispiel benötigt der ICE knapp acht Stunden. Bologna-Abschlüsse werden überall anerkannt. Und die EU macht das grenzüberschreitende Telefonieren und Surfen immer billiger.

Der Ansatz muss also ein anderer sein. Nicht eine große Vergangenheit gilt es zu beschwören oder schmutzige Euro-Wäsche zu waschen, vielmehr geht es um die Wege zu einer Union neuen Typs und deren Zukunftschancen, die auch ohne die aktuelle Krise zu ergreifen gewesen wären: Die überfällige Korrektur des chaotischen Finanzkapitalismus, dessen Irrwitz sich im Süden besonders drastisch gezeigt hat, möge sich verbinden mit der Energiewende in ganz Europa, dem entschiedenen und zügigen Umstieg von fossilen auf erneuerbare Ressourcen, also dem wichtigsten Transformationsprojekt seit der industriellen Revolution. Beides unterstützt die Autokraten-Dämmerung rund ums Mittelmeer und beflügelt eine Demokratiebewegung, die den Keim und Eckpfeiler einer transnationalen Bürgergesellschaft bildet. Es gibt Alternativen zur vermeintlichen Alternativlosigkeit eines fantasielosen Krisenmanagements.

Die europäische Öffentlichkeit, darunter die professionelle Außen- und Europapolitik, Denkfabriken und Beratungseinrichtungen, auch die meisten Unternehmen und Interessenverbände haben solche Perspektiven bisher weitgehend ignoriert und entwickeln kaum Szenarien jenseits von *Grexist*, der Ausstiegsoption für Griechenland und die anderen »PIGS« (Portugal, Italien und Spanien). Alte Loyalitäten und Pfadabhängigkeiten beherrschen ihr Denken, zu den sozialen und

politischen Bewegungen im Süden wie im Norden finden sie kein Verhältnis. Bei ihnen hat sich ein Zerrbild der Mittelmeerregion als Sorgenkind, Gefahrenzone und Austrittskandidatin verfestigt, für die wirtschaftlich wie politisch die Exklusion geboten wäre. Wenn die Griechen dauernd falsch wählen, dann missverstehen sie offenbar die von ihren Vorfahren begründete Demokratie. Oder gilt das eher für uns?

Auch der Arabische Frühling von 2011 war im Norden weder gewollt, noch wurde er von dort tatkräftig unterstützt. Wenn aus ihm in Tunesien und Ägypten nun islamistische Regierungen hervorgegangen sind, sieht man sich in der europäischen Wagenburg, ähnlich wie im Staat Israel, in der Einschätzung des Arabischen Herbstes als Sicherheitsrisiko bestätigt. Stabilität geht immer noch vor Freiheit. Übertriebene Angst vor Terror und Flüchtlingen lähmt die politische Fantasie der Europäer. Kerneuropa, so lautet die traurige Botschaft, ginge es ohne seine südliche Peripherie besser. Rette sich, wer kann, bevor die Länder wie Dominosteine fallen.

»Zukunft im Süden« bezieht eine klare Gegenposition. Die Probleme des Südens – exemplarisch die Immobilienspekulation in Spanien und die griechische Klientelbürokratie – sind vielfach hausgemacht, aber sie wurden durch Einflüsse aus dem Norden verschärft, und Auswege aus der akuten Krise und Kooperationsperspektiven für die nächsten Jahrzehnte finden wir nur gemeinsam. Viel zu kurzfristig war das Umschalten von der neoliberalen Austeritätspolitik *Merkozy's* (Sanieren durch Rettungsschirme und Budgetkontrolle) auf die keynesianische Wachstumspolitik *Merkhollandes* (Strukturhilfen und Konjunkturprogramme), denn auch Letztere schafft

den Gesellschaften am Mittelmeer per se keine nachhaltige Zukunft.

Als im Frühsommer ein deutscher Oppositionspolitiker im *heute-journal* aufgefordert wurde, Beispiele für eine politische Alternative zu nennen, wiederholte er nur mechanisch das Wort »Wachstum« und reagierte beleidigt, als der Anchorman auf Konkretisierung beharrte. Erst allmählich dämmerte es auch der in Frankreich siegreichen und andernorts im Wartestand befindlichen rot-grünen Opposition, dass man Wirtschaftswachstum heute als nachhaltige Entwicklung qualifizieren muss. Griechenland benötigt zum Beispiel keinen Ausbau der Lkw-Parkplätze (wie es europäische Konjunkturprogramme nach dem Lehman-Crash 2008 vorsahen), vielmehr benötigt ganz Europa erneuerbare Energien, fairen Handel, sozialverträglichen Umweltschutz und ein intelligentes Konzept lokaler und überregionaler Mobilität, also eine echte Transformation zur Nachhaltigkeit.

Griechenland kann dazu als Solarstandort wesentlich beitragen und den südlichen Balkan in eine europäische Energieunion einbeziehen helfen. Es ist diese Sorte von Ideen, die Europa bei den Jüngeren hoffentlich wieder attraktiv macht, eingebettet in ein Konzept des demokratischen Friedens für die gesamte Region. Würde und Arbeit waren die Parolen des Arabischen Frühlings und der Zeltstädte von Madrid bis Tel Aviv. Ob Europa dies den Jungen bieten kann, daran entscheidet sich das Schicksal der EU, sicher nicht an der Zahl der »geretteten« Banken.

Wertschätzung und Respekt für den Süden heißt wie gesagt nicht, den hausgemachten kapitalen Schwächen der Krisen-

gesellschaften rund um das Mittelmeer Absolution zu erteilen. Selbstkritische Stimmen, die in der EU nicht bloß den Sündenbock erblicken, gibt es bisher eher vereinzelt. Es hilft aber auch nicht, sozusagen *azzurophil* den Spieß herumzudrehen und den »heißen« (anarchischen, liebenswerten etc.) Süden gegen den »kalten« (vermeintlich ordnungsfanatichen, sparwütigen etc.) Norden zu verteidigen. Aus dem Süden wahlweise den Untergang oder die Heilung Europas zu erwarten, ist magisches Denken.

Politische Himmelsrichtungen sind genauso obsolet geworden wie die parlamentarische Sitzverteilung des 19. Jahrhunderts. Beide ignorieren die gemeinsamen Grenzen des Erdsystems und die für alle gegebenen Begrenzungen des wirtschaftlichen Wachstums. Das gilt sogar für das 2012 in Rio de Janeiro ausgerufene Programm grünen Wachstums für den globalen Süden. *Green growth*, das Mantra der Vereinten Nationen und der G20, muss sich verbinden mit der menschlichen Entwicklung und den Möglichkeiten guten Lebens, die der Finanzkapitalismus im Norden wie im Süden unterminiert hat. Ohne seine grundlegende Reform und ohne die Wiederentdeckung von globalen und regionalen Allmendegütern bleiben auch die für den Mittelmeerraum vorgeschlagenen Reformansätze Makulatur.

Für eine »Europäische-cum-Mittelmeerunion« neuen Typs gibt es viel zu tun. Vier Politikbereiche und Aufgabenfelder scheinen mir vorrangig und gut zu verbinden zu sein:

1. Das beginnt mit einer Nordwesteuropa, den Mittelmeerraum und Afrika südlich der Sahara verbindenden Energie-

union, einer Art »Montanunion« der heutigen Zeit, die analoge Integrationswirkungen für die gesamte Region auslösen mag wie die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS alias Montanunion) in den 1950er Jahren für die Vergemeinschaftung Kerneuropas. Die Oligopole der Energieerzeugung im Norden werden damit ebenso obsolet wie die Rentenregime im Süden.

2. Dazu bedarf es einer gründlichen Revision der ökonomischen Arbeitsteilung und demografischen Bewegungen zwischen Norden und Süden: Seit Jahrzehnten dominiert der Handelsaustausch von agrarischen und mineralischen Rohstoffen aus dem Süden gegen langlebige Konsumprodukte und teure Investitionsgüter aus dem Norden, flankiert durch eine transnationale Migrationsbewegung, bei der sich – seit nunmehr sechs Jahrzehnten – die Wege der Arbeit suchenden »Gastarbeiter« und Schutz begehrenden Flüchtlinge aus dem Süden mit denen der sonnenhungrigen Touristen, Frühpensionäre und Geschäftsleute kreuzen. Fairer Handel, würdige Arbeit für alle und soziale Gerechtigkeit über die nationalen Grenzen hinweg müssen an die Stelle dieser schleichenden Expropriation des Südens treten, von der am Ende nur sehr wenige profitiert haben. Beginnen muss dies mit einer grundlegenden Revision der inhumanen Flüchtlingspolitik des FRONTEX-Abschreckungsregimes, dem jährlich Hunderte von Boat People und illegalen Grenzüberschreitern zum Opfer fallen. Der Norden Europas benötigt Immigration und sollte sie willkommen heißen. Die Mauer in Berlin ist 1989 nicht gefal-

len, damit sie in der Mittelmeerregion wieder aufgebaut wird.

3. Da der Tourismus als Monokultur fast die gesamte Mittelmeerregion prägt, schließt die Infragestellung der herkömmlichen Arbeitsteilung auch diesen Bereich ein, der die bedenklichsten Formen des »Billig & Ballermann-Tourismus« bis zu avancierten Formen eines »Sanften Tourismus« umfasst. Möglich ist der Übergang zu einem wirtschaftlich nachhaltigen und sozial- wie umweltverträglichen Massentourismus, der sich vom bewusstlosen Sonnenbad in eine respektvolle interkulturelle Begegnung verwandeln soll. Die mit dem Massentourismus verbundenen Erscheinungen (darunter die Immobilienblase) sind wie eine schwärende Wunde. Sollen die Gesellschaften des Südens nicht an ihr ausbluten, ist ein Überdenken der gesamten transmediterranen Mobilität unabdingbar.
4. Der Zielpunkt des Massentourismus ist die Mittelmeerküste und das unmittelbare Hinterland. Zwar ist die Wasserqualität des Mittelmeers im Vergleich zu anderen marinen Zonen noch relativ gut, aber der Schutz des Meeres, etwa bei der Vermeidung weiterer Überfischung, ist auch hier geboten. Das Mittelmeer ist, wie die meisten Ozeane und Meeresregionen der Welt, zum Brunnen und zur Rinne (oder Kloake) degradiert worden, und das wiederholt sich bei der symbolischen Ausplünderung des Mythos Mittelmeer, der als Projektionsfläche für alle möglichen individuellen Ambitionen und Nostalgien dient, aber als kollek-



tive Identität stiftendes Europa-Narrativ an Glanz verloren und ausgedient hat. Die Mediterranée ist nur noch ein Flair, eine Marke, ein App. Der *genius loci* ist verloren gegangen. *MareNostrum* nennt sich bezeichnenderweise ein Supercomputer an der Polytechnischen Universität in Barcelona.

*Mare Nostrum* nannten die Römer auf dem Höhepunkt ihrer imperialen Ausdehnung an allen Küsten des Mittelmeers »ihr« damit entstandenes »Binnenmeer«, das sie als Seemacht kontrollierten und wirtschaftlich ausbeuteten. Auf diesem Meer regiert heute die sechste Flotte der Vereinigten Staaten, über dem Meer die NATO-Luftstreitkraft, die in Libyen interveniert hat, während sich Russland in Syrien an den letzten von der Sowjetunion errichteten Stützpunkt Tartus klammert; und zwischen Israel und dem Iran droht ein Konflikt, der sogar mit ABC-Waffen geführt werden könnte. Nicht zu vergessen sind auch der Jugoslawienkrieg 1991 bis 1995, die Scharmützel zwischen den NATO-Mitgliedern Griechenland und Türkei um die Ägäisregion, die latenten Konflikte zwischen Slowenien und Kroatien (und Italien) und die niemals befriedeten Aufstände der Basken und Kurden. Selbst um die Enklave Gibraltar gibt es neuerdings Wortgefechte zwischen Spanien und Großbritannien.

Ungeachtet dieser Machtkonflikte, die zum Teil auf den Kalten Krieg zurückgehen, zum Teil aber auch den Zerfall der bipolaren Weltordnung und das Vordringen neuer Mittelmächte signalisieren, ist die Mittelmeerregion heute eher eine Nische der Weltpolitik, die die Europäische Union lange verkannt und vernachlässigt hat. »Unser Meer« hieße also, den Süden ohne

imperiale Attitüden und Rivalitäten und ohne eine von Kurzfristen beherrschte Nutzungsambition als historischen Kern Europas zu rehabilitieren und dort ein ebenso zeitgemäßes wie zukunftsfähiges Friedens- und Entwicklungsprojekt aufzulegen.

Das Krisenmanagement für den Süden muss deswegen einhergehen mit der Verfassungsentwicklung der gesamten Europäischen Union. Nicht nur die »Problemländer« verlieren dabei an nationaler Souveränität, auch Deutschland (wie Frankreich etc.) wird künftig ein Land des Vereinten Europa sein, wie jetzt das Saarland, Nordrhein-Westfalen und der Freistaat Bayern Länder der Bundesrepublik sind. Deutschland kann auch nicht mehr, im Bunde mit Frankreich oder nicht, der Hegemon sein. Solche Erwägungen sind nicht nur in Paris und Berlin (oder analog in London und Warschau) schwer auszuhalten, würde man die Nationalstaaten und die an sie gebundene Volkssouveränität relativieren und nicht gleichzeitig für eine Struktur sorgen, die ihnen in einem subsidiär und föderal aufgelockerten Geflecht Raum gibt. Unzureichend legitimiert bliebe eine politische Union auch dann, wenn ihre starke Zentrale durch ein aufgewertetes Parlament kontrolliert würde. Zu einem Vereinten Europa gehören starke Kerne ebenso wie vitale Peripherien, verbunden durch subregionale föderale Zusammenschlüsse.

Keine solcher Zusammenschlüsse sind etwa die informelle Ostsee-Union mit den baltischen und skandinavischen Staaten, Polen und Deutschland oder die Alpen-Adria-Union (mit Österreich, Italien, Slowenien), die Balkan-Union, eine privilegierte Partnerschaft der EU mit Russland und der Türkei, und

natürlich die im Folgenden ins Zentrum gerückte Mittelmeer-Union, die wir als Muster einer föderativen und subregionalen Ordnung in Europa und über die Grenzen der heutigen EU hinaus betrachten. Das »Europa der Regionen« war bisher ein Terminus für die sprachlich-kulturelle Vielfalt des Kontinents und die Rechte der ethnischen Minderheiten in den verschiedenen Nationalstaaten, die sich in regionaler Autonomie niederschlagen sollten. Heute müsste ein »Europa der Regionen« weniger provinziell angelegt sein, eher als eine locker gefügte Verbindung subregionaler Verbünde, die neben den Parlamenten und Assoziationen der Zivilgesellschaft einem in Brüssel etablierten »Superstaat« Paroli bieten und supranationalen Entscheidungen Legitimation verschaffen kann. Allein auf diesem emergenten Wege, so lautet die These dieses Buches, im Tumult der Krise also, können eine diversifizierte europäische Gesellschaft und Öffentlichkeit, eine echte EU-Bürger-schaft und ein supranationaler Souverän entstehen, der sich – darauf wartet die Welt nach Jahren lähmender europäischer Selbstverschweigerung und Krisenlamento – auch als globaler Akteur zurückmeldet. Ein Europa, das eine politische Alternative bietet zum Rohstoffimperialismus der chinesischen Autokratie, zur ideologischen Selbstzerstörung der im Abstieg befindlichen Supermächte USA und Russland, zur desaströsen Dominanz aus dem Ruder gelaufener Finanzakteure und zur wachsenden Bedrohung durch politische Gewaltunternehmer aus gescheiterten Staaten. Die Verbesserung der politischen Kooperation auch über die Grenzen der heutigen EU hinaus ist dazu unabdingbar.

## Es gibt Alternativen ...

	Krisen- phänomene	Horror- szenario	Präventions- politik	Alternative Entwicklung
<b>Öko- nomie</b>	Staats- schulden, Bankenkrise  Stagnation	»Fass ohne Boden«  Chaos, Domi- no-Effekte	Ausschluss der EU-Krisen- staaten, Rück- zug aus MENA	Nachhaltiges Entwicklungs- programm (Energie, Touristik, Handel, Bildung)
<b>Kultur</b>	islamistische Regierungen   antiwestliche Orientierung  politische Instabilität	»Al Qaida ante portas« (failed states)   »Eurabia«  Atomkonflikt Israel – Iran	Anti-Terror- Kampf  Cordon sanitaire  Kulturkampf  Abschreckung	Demokratie- förderung, Stärkung der Zivilgesell- schaft  Interkulturelle Kooperation  Strategien de- mokratischen Friedens
<b>Sicher- heit</b>	Massenwan- derung aus MM-Region und Transit Subsahara / MENA / Asien	Unsicherheit und Gewalt- konflikte in den Metro- polen, Über- fremdung	Abschottung, Stärkung der Grenzregime	Rationale Migrations- politik  Strukturhilfe in den Aus- wanderungs- regionen

Mein folgender Versuch über den »nahen Süden« folgt dem im Schaubild dargelegten Dreischritt: Erst werden die Probleme der euro-mediterranen Integration benannt (und dabei die

einschlägigen Horrorversionen verworfen), dann kritisiere ich die aus meiner Sicht zu kurz gegriffenen Präventions- und Abschottungspolitiken, schließlich zeige ich Möglichkeiten auf und skizziere Lösungswege.

In Kapitel eins (Europäische Peripherie) möchte ich die überwiegend dunkle Wahrnehmung des Mittelmeerraums als Bedrohung für die ökonomische Stabilität, die politische Sicherheit und die kulturelle Identität des Nordens durch freundlichere Lesarten der aktuellen Krisen aufhellen. In Kapitel zwei (Große Vergangenheit) sollen die Potenziale des Mittelmeerraums als »Wiege der Zivilisation« vor allem mit Blick auf das dynamische Netzwerk der mediterranen Städte, die Offenheit seiner Grenzen und die Interkonnektivität des Personen- und Warenverkehrs zwischen den Küsten aus der Geschichte der Region entwickelt werden. In Kapitel drei (Petit Tour) wird dieser Überblick anhand einer Rundreise durch vier subjektiv ausgewählte Mittelmeerstädte (Haifa, Dubrovnik, Algier und Istanbul) illustriert und in die Gegenwart überführt. Kapitel vier (Phönix aus der Asche) unternimmt einen Rückblick auf die Schwächen der euro-mediterranen Vergemeinschaftung seit 1945 und beschäftigt sich mit der Frage, wie eine neue Mittelmeerunion aussehen könnte. Kapitel fünf (Blaue und grüne Wunder) gibt dazu Anregungen aus exemplarischen Feldern der Nachhaltigkeitspolitik: Energieunion, Meeres-Governance, Sanfter Tourismus und interkulturelle Kooperation. Kapitel sechs (Europa in besserer Verfassung) versetzt diese Politikfelder der Nachhaltigkeit in eine zeitgemäße Euro-Politie jenseits der Nationalstaaten. Der Ausblick skizziert die Zukunft nicht nur des Südens mit Blick auf eine

Utopie der Gabe, die die politische Union Europas und des Mittelmeers vom Joch des reinen Nutzendenkens befreien und die regionale Kooperation der demokratischen Völker auf eine neue Grundlage stellen soll.

## I. Europäische Peripherie

### PIGS und andere Unruhestifter

*»Es bietet uns alles andere als einen beruhigenden Anblick.«*

PREDRAG MATVEJEVIĆ ÜBER DAS MITTELMEER

(»WELT-EX«, 1997)

PIGS – welcher Börsianer oder Eurokrat oder Clown auch immer sich dieses Schweine-Akronym für die Gruppe der südeuropäischen Sorgenkinder **P**ortugal, **I**talien, **G**riechenland, **S**panien ausgedacht haben mag, es steht für die Krise der gesamten Europäischen Union. Im Norden möchten viele das Quartett lieber heute als morgen loswerden, im Süden herrscht die passende Los-von-Brüssel-Stimmung. Und alle gemeinsam beschwören einen Nationalstaat, der noch weniger steuern und bewirken könnte als die zunehmend in Zweifel gezogene supranationale Gemeinschaft. Die europäische Peripherie von Portugal über die nordafrikanischen Staaten bis nach Griechenland gilt als Bedrohungszone, fast wie der Ostblock im Kalten Krieg. Im Süden – einst eine politische Himmelsrichtung, die in der populären Vorstellung und politischen Kultur eher positive und heitere Assoziationen

weckte – orten Politiker und öffentliche Meinung heute die größten Sicherheitsrisiken: islamistischen Terror, Euro-Crash (mit Domino-Effekt für die gesamte Finanzarchitektur) und Flüchtlingswellen aus dem globalen Süden.

Eine frivole Cassandra-Stimmung beherrscht die Talkshows und Boulevardzeitungen, in denen die Durchstechereien südländischer Politiker, Al-Qaida-Kommandos an der türkisch-syrischen Grenze oder im Maghreb und drogendealende Illegale in den Metropolen des Nordens genüsslich ausgeschlachtet werden. Die realen Probleme, die der Staatsbankrott von EU-Staaten, die Machtübernahme von Islamisten im Nahen Osten und der Flüchtlingsstrom über das Mittelmeer darstellen, sollen hier keineswegs ignoriert oder verharmlost werden. Doch Angst ist ein bekanntlich schlechter Ratgeber. Hilfreicher wäre eine sachliche Bestandsaufnahme der Lage im Mittelmeerraum, die – wie jede Krise – stets auch Innovationschancen in sich birgt, nämlich die ökonomische Transformation zur Nachhaltigkeit, demokratischen Wandel und eine rationale Migrationspolitik.

## **Vom Euro-Crash zur nachhaltigen Transformation**

Milliardenschwere »Rettungspakete« haben keine auch nur kurzfristige Stabilisierung der südeuropäischen Volkswirtschaften erreicht, nicht einmal die Haushaltsdefizite ausgeglichen oder verringert; vielmehr kam es seit 2008/09 zu



galoppierender Massenarbeitslosigkeit, zu strangulierenden Einbußen an Reallöhnen und Einkommen und zum Einbruch der öffentlichen und privaten Investitionen. Als Resultat der Sparmaßnahmen des Jahres 2011 wurde für Griechenland ein Rückgang des Wachstums um 5,5 Prozent, in Portugal um 4,6 Prozent, in Italien um 3,9 Prozent, in Spanien um 3,6 Prozent, aber auch in Deutschland um 1 Prozent bilanziert. So gut wie alle Indikatoren zeigen in so gut wie allen Mittelmeerländern nach unten (s. die Synopse »Euroméditerranée in Zahlen«, S. 232 ff.). Das gilt nicht nur für das Bruttoinlandsprodukt, die Defizite in den Handels- und Leistungsbilanzen und die öffentliche Verschuldung, sondern auch für aussagekräftigere Indikatoren der humanen Entwicklung. Das Spardiktat, das die »PIGS« retten sollte, hat sie eher erdrosselt. Allein in Spanien sind in den letzten vier Jahren drei Millionen Arbeitsplätze verschwunden.

Der Sanierungskurs von »Merkozy« ist gescheitert (und damit auch die Politik der deutschen Bundeskanzlerin), ohne dass sich mit einem Kurswechsel von eisernem Sparen zur Förderung von Wachstum schon eine echte Alternative abzeichnen würde. Nach dem triumphalen Wahlsieg des französischen Sozialisten François Hollande im Mai 2012 sollte der Fiskalpakt, der den allesamt hoch verschuldeten EU-Ländern eine striktere Beachtung der Maastricht-Kriterien und eine Homogenisierung ihrer Steuerpolitik abverlangt, sozialverträglicher und wachstumsfreundlicher gestaltet werden. Das klingt besser als Austerität, aber man konnte sich leicht ausmalen, wie die EU unter dieser Parole nun Strukturmittel gießkannenartig über Not leidende Landschaften ausschüttet,

auf dass sie sich in blühende verwandeln – mit unsinnigen Infrastrukturmaßnahmen, die dem Gros der pauperisierten und demoralisierten Bevölkerung kaum etwas bringen und in den Bereichen Mobilität und Raumplanung unerwünschte Lock-in-Effekte bewirken.

Europa muss besonders den Jungen im Mittelmeerraum mehr bieten. Südeuropa und die MENA-Staaten (Middle East & North Africa) weisen die im Weltmaßstab höchste Jugendarbeitslosigkeit auf. Unter den Jugendlichen ist dann bald jeder zweite ohne Job. Für sie heißt das: *a lost generation*, für Europa: *a failed idea*.

Die jüngste Wirtschaftskrise hat »Dritte Welt«-Zustände auf die europäische Wohlstandsinsel gebracht, aber auch alte Übel sichtbar gemacht: Die Unterbeschäftigung in den genannten EU-Ländern ist zurückzuführen auf fehlende Bildungsinvestitionen und unzulängliche Berufsbildungssysteme, ferner auf eine ideologisch motivierte Abwicklung der (in der Tat oft ineffizienten) Staatsbetriebe und die überstürzte Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse. Die mediterranen Gesellschaften, allen voran Spanien, haben sich seit 1970 also stark »modernisiert«, aber generell haben Regierungen und Staatsklassen rund um das Mittelmeer weiterhin zu stark auf ihre jeweiligen Rentenökonomien gesetzt. Das bedeutet: Sie haben sich einseitig auf Einkünfte aus dem Erdöl- und Erdgasexport, aus Einnahmen aus dem Grundbesitz, aus dem Tourismus und aus den Rücküberweisungen von Migranten verlassen und diese Einnahmen für unproduktive Ausgaben verschwendet, als gäbe es kein Morgen. Denn solche Renten produzieren kaum Spill-over- oder Ausstrahlungseffekte, sie

werden eher für kurzfristigen (Luxus-)Konsum verwandt als für mittel- und langfristige Investitionen.

Hauptnutznießer waren in der Regel nicht dynamische Mittelschichten und Unternehmer, sondern eine schmale Schicht von Superreichen oder Angehörige der Staatsklasse, die sich nach innen durch Patronage und Vetternwirtschaft und nach außen durch privilegierte Beziehungen zu den Regierungen der westlichen und östlichen Partnerländer abgesichert haben. Die Umverteilung erreicht nur wenige Auserwählte oder über einen Wohlfahrtsapparat einen zwar größeren, aber immer noch abhängigen Kreis von Empfängern. Ein großer Teil des Volksvermögens in Griechenland wurde auf diese Weise klientelistisch verausgabt – nur war hier die staatliche Bürokratie der große Empfänger und Umverteiler.

Rentenökonomien sind besonders ausgeprägt in Gesellschaften, die vom Export gefragter Rohstoffe, vor allem von Erdöl und Erdgas, leben. Saudi-Arabien ist da (neben Russland) das klassische schlechte Vorbild. Als 2011 der Arabische Frühling ausbrach und den Gerontokraten in Riad Angst einjagte, schütteten sie rasch 130 Milliarden US-Dollar aus ihren Schattullen für diverse Wohltaten aus. Ähnliches geschah von Marokko bis Syrien. Eine sich selbst tragende Entwicklung mit anspruchsvollen Facharbeiterpositionen blieb aus, und auch gut ausgebildete Hochschulabgänger finden heute keine angemessenen Jobs vor Ort. Die Folge ist Migrationsdruck am unteren und oberen Ende der Sozialpyramide.

Die Daheimgebliebenen sind verfangen in einem Teufelskreis von Arbeitslosigkeit, sozialer Exklusion und Abhängigkeit von den ohnehin schwachen und lückenhaften Sozialsys-

temen an der südlichen Peripherie. Häufig nehmen Familien ihre Kinder wieder auf, aber auch ihr Zusammenhalt ist durch die Krise massiv betroffen. Wirtschaftssysteme werden informell und Arbeitsbiografien fragil, die Folge sind Entpolitisierung und soziale Anomie. Die meisten Eltern müssen ihren Kindern heute sagen: »Du sollst es einmal (noch) schlechter haben als wir ...!« Da bleibt, nach Hunderten von Absagen auf Bewerbungsschreiben, oft nur der Au-pair-Job im Norden oder, in Umkehr der bisherigen Immigrationsrichtung auf der Iberischen Halbinsel, die Abwanderung nach Brasilien oder Chile.

Der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler Albert O. Hirschman hat für Mitarbeiter schlecht funktionierender Unternehmen drei typische Optionen beschrieben: *exit, voice and loyalty*. Man kann diese Trias auf die südlichen Gesellschaften insgesamt übertragen. *Exit* heißt dann: Abwanderung nach Norden, wie gerade beschrieben. *Voice* bedeutet: außerparlamentarischer Protest – das waren die Zeltstädte und Occupy-Bewegungen des Jahres 2011, die von Tunis und vom Tahrir-Platz in Kairo über die Puerta del Sol in Madrid bis zum Rothschild-Boulevard in Tel Aviv wanderten. Verliert Europa zudem weiter an Ansehen und schafft es nicht zu »liefern«, käme mit den »großen Erzählungen« der Mittelmeerregion eine spezielle Form von *loyalty* zum Tragen: die Renaissance des politischen Islam oder eine Wiederbelebung des Klassenkampfs oder ethnischer Nationalismus. Das Vordringen der Moslembrüder und Salafisten deutet in die erste Richtung, das Erstarken der Syriza-Partei in Griechenland in die zweite, der Vormarsch der offen nationalsozialistischen *Goldenen Morgenröte* (Chrysi Avgi)